Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Hauptstelle und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die neunspaltige Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 30 Pfennige, auswärtige Anzeigen 35 Pfennige, Reklamezeile 90 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 40 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 78 — Donnerstag, den 4. April 1929 — 24. Jahrgang

Das Mandatssystem und die deutschen Kolonien

Der Deutsche Kolonialverein, Gesellschaft für nationale Siedlungs- und Auslandspolitik e. V. hat an den Reichsaußenminister Dr. Stresemann nachfolgenden Antrag gestellt:

„Die Verteilung der deutschen Kolonien an Mandatare, wie sie durch den Frieden von Versailles beschlossen und durchgeführt worden ist, kann keine endgültige Regelung der deutschen Kolonialpolitik sein. Die Mantelnote des Versailler Vertrages, die die Wegnahme des deutschen Kolonialbesitzes begründet, enthält falsche Angaben, die heute wohl von keinem Mitglied des Völkerbundes aufrecht erhalten werden. Es ist die Pflicht der deutschen Regierung, bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf dieses Unrecht hinzuweisen und die unverkürzte Rückgabe unseres gesamten Kolonialbesitzes zu fordern. Solange uns keine Mittel zur Verfügung stehen, diese Forderung durchzusetzen, muß das Hauptaugenmerk darauf gerichtet sein, daß das Mandatssystem ungeschwächt erhalten bleibt.

Es häufen sich in letzter Zeit Tatsachen, die befürchten lassen, daß eine Annexion Deutsch-Ostafrikas und Deutsch-Südwestafrikas durchgeführt werden soll. Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Reichsaußenminister, mit allen Machtmitteln dahin zu wirken, daß dem Streben nach Annexion unserer Kolonien entgegengetreten und daß der Mandatscharakter im Sinne der Völkerbundssatzung unverkürzt erhalten bleibt, bis uns der Kolonialbesitz zu freiem Eigentum zurückgegeben wird."

Unterredung zwischen Chamberlain und Mussolini

Wie die Agenzia Stefani meldet, erfolgte gestern vormittag in der Villa Gioiosa in der Umgegend von Florenz, in der Chamberlain für einige Tage Aufenthalt nehmen wird, eine Zusammenkunft zwischen Mussolini und Chamberlain. Im Verlauf einer längeren Unterhaltung, die den Stempel persönlicher herzlicher Freundschaft zwischen den beiden Staatsmännern trug, beschäftigten sich beide mit der allgemeinen Lage und bekräftigten erneut die Herzlichkeit der Beziehungen zwischen England und Italien. Sie gelangten zu der Feststellung, daß beide Regierungen in den wichtigsten politischen Fragen, welche die beiden Länder interessieren, übereinstimmen.

Darauf gab Mussolini Chamberlain und seiner Gattin im Schloß Montalbane ein Frühstück.

Vor einem allgemeinen Eisenbahnarbeiterstreik?

Zu der Lage der Reichsbahnlohnempfänger.

Die drei vertragschließenden Eisenbahnerorganisationen haben sich gestern eingehend mit der durch das ablehnende Verhalten der Reichsbahngesellschaft, den Lohn aufzubessern, entstandenen Lage beschäftigt. Einmütig wurde festgestellt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Reichsbahnlohnempfänger unbedingt eine Aufbesserung des Einkommens verlangen. Da die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft diese Lohnaufbesserung entschieden ablehnt, muß, wie eine Berliner Korrespondenz berichtet, damit gerechnet werden, daß den Eisenbahnern ein Kampf mit den letzten Mitteln nicht erspart bleibt. Alle notwendigen Schritte sollen eingeleitet werden. Als erster kommt hier in Frage, daß die Organisationen die Verbindung mit ihren Spitzenorganisationen aufnehmen. Ueber das weitere Vorgehen soll an einem der nächsten Tage beraten werden.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat veröffentlicht eine Uebersicht über den Stand seiner Arbeiten am 1. April. Dem finanzpolitischen Ausschuß liegen Anträge zum Einkommensteuergesetz vor. Danach sollen die steuerfreien Beträge für Veranlagungspflichtige die gleiche Höhe erhalten wie die für Lohnsteuerpflichtige. Die Einkünfte aus Schwarzarbeit sollen restlos steuerlich erfaßt werden. Es soll weiter geprüft werden, ob Einkommensteuererleichterungen für ältere Steuerpflichtige mit einem Einkommen bis zu 10 000 RM geschaffen werden können. Schließlich sollen den in landwirtschaftlichen Betrieben mitarbeitenden Familienmitgliedern die gleichen steuerfreien Beträge zugebilligt werden wie den entlohnten fremden Arbeitern.

Denkschrift über die besetzten Gebiete

Wegen der schwierigen Finanzlage vorläufig kein großzügiges Programm

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Severing, hat gestern dem Reichstag die von diesem gewünschte Denkschrift über die besetzten Gebiete zugehen lassen, und zwar in der Form einer Zusammenstellung der Einzeldenkschriften, die von den fünf betroffenen Ländern Preußen, Bayern, Hessen, Baden und Oldenburg ausgearbeitet worden sind. Der Reichsminister für die besetzten Gebiete führt dazu in einem Begleitschreiben Folgendes aus:

„Die Reichsregierung erkennt die wirtschaftliche und kulturelle Fürsorge wie für den Osten so auch für das besetzte Gebiet als eine besonders wichtige Aufgabe an, die vom Reich in Gemeinschaft mit den beteiligten Ländern zu lösen ist. Wenn die Reichsregierung im gegenwärtigen Zeitpunkt davon absieht, das in den Denkschriften der fünf Länderregierungen zusammengetragene Material zu einem Hilfsprogramm von großem Ausmaße für den Westen auszuwerten, so ist hierfür in erster Linie die Rücksicht auf die derzeitige schwierige Lage der Reichsfinanzen ausschlaggebend, die eine gleichzeitige Einleitung umfassender Aktionen in sämtlichen Grenzgebieten des Reiches verbietet. Dazu kommt aber, daß ein solches Programm vor allem auch auf die wirtschaftlichen Hauptprobleme der westlichen Grenzgebiete, wie z. B. die künftige Wirtschaftsgestaltung im Aachener Industrierevier, an der Saar, in Rheinhessen und in der Pfalz auf die Lösung der Transportfrage usw. abgestellt sein muß und demgemäß noch eingehende Verhandlungen mit den verschiedensten amtlichen Stellen und die Anhörung von Sachverständigen fordert.

Eine Verzettelung in unorganische Einzelmaßnahmen oder eine reichsseitige Subventionierung zahlreicher mittlerer und kleinerer Projekte wäre unwirtschaftlich und würde den Notwendigkeiten einer auf weite Sicht gestellten und durchgreifenden Grenzpolitik in keiner Weise entsprechen. Die Reichsregierung wird in den nächsten Monaten die Vorarbeiten an der Aufstellung eines einheitlichen Hilfsprogramms für den Westen fortsetzen und behält sich ihre Entschließung über die etwaige Einbringung einer besonderen Gesetzesvorlage bis nach Abschluß der Verhandlungen und für einen finanzpolitisch geeigneten Zeitpunkt vor. Muß hiernach die Frage der Einleitung einer neuen großen Hilfsaktion für den Westen einstweilen zurückgestellt werden, so soll die laufende Betreuung der bedrängten westlichen Grenzgebiete und des besetzten Gebietes in dem bisherigen Rahmen auch weiterhin selbstverständlich fortgesetzt werden. Die Reichsregierung hat zu diesem Zwecke ausreichende und zum Teil erhöhte Beträge in den Entwurf des Haushaltplanes des Reiches für 1929 eingesetzt. Die von der Reichsregierung aus den Grenzfonds 1 und 2 im engeren Grenzgürtel an der Westgrenze und in Baden geförderten Hilfsmaßnahmen sind in der Durchführung begriffen und werden voraussichtlich im Rechnungsjahr 1929 zum Abschluß kommen."

Ergänzend wird hierzu noch mitgeteilt, daß die Vorarbeiten für die Aufstellung eines einheitlichen Hilfsprogramms voraussichtlich im Laufe des Sommers so weit fertiggestellt werden können, daß die von dem Reichsminister für die besetzten Gebiete angekündigte besondere Gesetzesvorlage im Herbst eingebracht werden dürfte. Die jetzt vorliegenden fünf Denkschriften geben im ganzen ein anschauliches, ja ergreifendes Bild von den Nöten des besetzten Gebietes, da sie auch die vielseitigen unsichtbaren Schäden behandeln, die sich nicht in Zahlen fassen lassen und die deshalb auch nicht durch die Entschädigungen des Reiches ausgeglichen werden. Diese Schäden werden verursacht einmal durch die allgemeinen Auswirkungen des Versailler Diktats, dann durch die Besetzung an sich und drittens durch die sogenannte „blutende Grenze", unter der der Westen durch den Verlust von Eupen-Malmedy, die Aufhebung der Zollunion mit Luxemburg, die Abtrennung des Saargebietes und andere Umstände ähnlich schwer leidet wie der deutsche Osten, und viertens durch die Entmilitarisierung des linken Rheinufers und der 50-Kilometer-Zone auf der rechten Seite des Rheins, weil durch die Kontrollbestimmungen die wirtschaftliche und namentlich die verkehrsmäßige Entwicklung dieser Gebiete ungemein gehemmt wird. Die Reichsregierung wird diesen Schäden, wie es in dem Schreiben des Ministers zum Ausdruck kommt, auch künftig ihre besondere Aufmerksamkeit widmen.

Die Erkrankung des Reichskanzlers.

Der Reichskanzler, der an einer Gallenaffektion leidet und während der Osterwoche bettlägerig war, wird auf ärztliche Anordnung voraussichtlich noch bis Ende dieser Woche das Bett hüten müssen.

Oberst Dillenburger versetzt.

Der preußische Minister des Innern hat laut „Voss. Ztg." die Kündigung des Berliner Polizeiobersten Dillenburger, die der Polizeipräsident von Berlin auf Grund verschiedener Vorgänge zum 31. März ds. Js. ausgesprochen hatte, zurückgenommen und Oberst Dillenburger nach Oberhausen versetzt.

Amerikaner im Ausland.

Das Staatsdepartement in Washington hat auf Grund der Konsularberichte eine Uebersicht über die im Ausland lebenden Amerikaner zusammengestellt. Ihre Zahl beträgt insgesamt 992 668. Mehr als die Hälfte davon leben in Kanada, in Deutschland 3027, in England 11 717, in Frankreich 25 860.

Mexikanische Bomben auf eine amerikanische Stadt.

Flugzeuge der Aufständischen unternahmen gestern einen Luftangriff auf die an der Grenze liegende mexikanische Stadt Naco-Sonora und warfen vier Bomben ab, von denen zwei auf der amerikanischen Seite einschlugen und im Geschäftsviertel zahlreiche Fensterscheiben zertrümmerten. Ein amerikanischer Knabe wurde durch einen Bombensplitter verwundet. Der Luftangriff der Aufständischen auf Naco-Sonora, das von 12 000 Mann Bundestruppen besetzt ist, begann am Sonntag. Insgesamt wurden 19 Bomben abgeworfen und auf der mexikanischen Seite zwei Personen getötet und vier verwundet. Die in Naco stehenden amerikanischen Infanterietruppen sind angewiesen worden, zu verhindern, daß durch die mexikanischen Bombenabwürfe weiterer Schaden auf amerikanischem Gebiet angerichtet wird.

*

Der Abwurf von mexikanischen Bomben auf die amerikanische Grenzstadt Naco dürfte die Vereinigten Staaten veranlassen, weitere Maßnahmen zu treffen, um eine Wiederholung eines derartigen Zwischenfalls zu verhindern. Im Staatsdepartement wurde angedeutet, daß Generalmajor Bassiter, der Kommandeur des 8. Korpsbezirks in San Antonio, Flugzeuge von den texanischen Flugfeldern nach Naco senden könnte.

Volksabstimmung in Afghanistan

Wie Reuter aus Pischawar berichtet, glaubt man, daß ein eigentlicher Kampf zwischen Aman Ullah und Bacha i Sakao vermieden werden kann, wenn Nadir Khan, der sich auf dem Wege nach Afghanistan befindet, rechtzeitig eintrifft. Nadir Khan, der sehr einflußreich ist, hat bereits einen Nationalrat einberufen, der bestimmen soll, welcher Thronprätendent dem Lande am meisten zusagt.

Vor dem Lokaltermin in Jannowitz

Gestern vormittag ist die Mordkommission von neuem nach Jannowitz gefahren, um die Aussagen des verhafteten Grafen Christian Friedrich zu überprüfen. Graf Christian wird wieder vernommen werden. Es steht nunmehr fest, daß nach diesen Vernehmungen ein Lokaltermin in Jannowitz im Beisein des verhafteten Grafen stattfinden wird. Erst nach diesem Lokaltermin wird es sich entscheiden, ob gegen den Grafen Anklage wegen fahrlässiger Tötung oder wegen Mordes oder Totschlags erhoben wird. Im ersten Falle käme die Angelegenheit vor das Hirschberger Schöffengericht, im zweiten Falle vor das Geschworenengericht.

*

In Liegnitz hat sich inzwischen ein Fleischer Bittner bei der Polizei gemeldet, den angeblich im Januar ein junger Mann zu einem Mord an dem Grafen Eberhard Stolberg überreden wollte. In Bildern des Grafen Christian will er die Person erkannt haben, die ihn damals zu dem Mord überreden wollte. Man wird den Mann nach Hirschberg bringen und ihn dort dem Grafen Christian gegenüberstellen, glaubt jedoch, daß auch diese Angabe auf Phantasie beruht.

Kommunistensieg bei Blohm u. Voß.

Die „Rote Fahne" meldet aus Hamburg: Gestern fanden die Betriebsratswahlen bei Blohm u. Voß statt. Im vorigen Jahre war der Betriebsrat vollständig von den Sozialdemokraten besetzt, es war kein einziger Oppositioneller Mitglied. Dieses Jahr trat die Opposition mit einer eigenen Liste auf und erhielt die absolute Mehrheit aller Stimmen. Von den 6327 abgegebenen Stimmen erhielt Liste 2 (Opposition) 3446 Stimmen.